

GRUNDSATZPROGRAMM  
DER  
CHRISTLICH-SOZIALEN UNION  
IN BAYERN

Auerdruck, Donauwörth

H S S - Archiv  
München  
Sign. Nr. 11109

# GRUNDSATZPROGRAMM DER CSU

## Inhaltsverzeichnis

	Seite
Staats- und Rechtsordnung . . . . .	4
Sozialordnung . . . . .	5
Wirtschaftsordnung . . . . .	7
Kulturordnung . . . . .	9
Außenpolitik . . . . .	11

(Beschluss am 1. Juni 1957 in München)

## **Präambel:**

Das deutsche Volk ist am Werk, durch den Aufbau einer festen staatlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ordnung den schwersten Zusammenbruch seiner Geschichte zu überwinden.

Dieses Ziel kann nur erreicht werden, wenn die angestrebte weltliche Ordnung der Dinge sich gründet auf die Gebote Gottes.

Die Christlich-Soziale Union will die dem Heil und der Wohlfahrt der Staaten und Völker dienende christliche Wahrheit ihrem politischen Wollen und Handeln zugrunde legen; darum nennt sie sich christlich.

Die Christlich-Soziale Union weiß sich aus christlicher Gesinnung dem ganzen Volk in all seinen Ständen und Schichten verantwortlich; darum nennt sie sich sozial.

Die Christlich-Soziale Union in Bayern will alle Christen zum Dienst am Volk zusammenführen; darum nennt sie sich Union.

Wegen ihrer besonderen bayerischen Aufgaben hält die Christlich-Soziale Union an ihrem Charakter als einer selbständigen Landespartei fest.

Diese Grundhaltung hat die Christlich-Soziale Union in den vergangenen zehn Jahren befähigt, in entscheidender und erfolgreicher Weise am Werden und Gedeihen der Bundesrepublik mitzuwirken.

## I. Staats- und Rechtsordnung:

1. Der Staat hat die Aufgabe, das Zusammenleben der Menschen in Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit zu gewährleisten. Diese Aufgabe erfordert die Mitarbeit aller. Der einzelne Staatsbürger und die bestehenden Gemeinschaften, wie Familie und Gemeinde, müssen den ihnen zukommenden Teil dazu beitragen. Der Staat hat das Seine zu tun, daß die Staatsbürger und die Gemeinschaften in der Lage sind, das ihre zu tun.
2. Die CSU bekennt sich zu den Grundsätzen des freiheitlichen demokratischen Rechtsstaates. Sie steht auf dem Boden der Verfassung des Landes und des Bundes. Sie tritt für eine gewissenhafte Beachtung der verfassungsmäßigen Ordnung ein.
3. Die moderne Demokratie beruht auf dem Grundsatz der Gewaltenteilung.  
Die CSU wendet sich gegen den überspitzten Parlamentarismus, der die Grenze zwischen Legislative und Exekutive verwischt. Die CSU tritt ein für die Erhaltung einer sachgemäß vorgebildeten, charaktervollen Berufsbeamtenschaft. Eine unabhängige, unpolitische und sachbezogene Rechtspflege ist eine unentbehrliche Voraussetzung für den Rechtsstaat.
4. Der deutsche Staat ist nach seiner geschichtlichen Entwicklung und Verfassung ein Bundesstaat.  
Die CSU setzt sich für die Erhaltung des Bundesstaates ein und wird alle Bestrebungen, diese föderalistische Ordnung zu ändern, entschieden bekämpfen.
5. Eine lebendige Demokratie setzt lebensfähige Gemeinden voraus; deshalb vertritt die CSU das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden und Gebietskörperschaften. Sie fordert deren Schutz vor wirtschaftlicher und kultureller Verödung und verlangt ausreichende eigene Finanzquellen und ausgleichende staatliche Hilfe.
6. Die Erhaltung der Demokratie und ihrer Freiheit bedarf ständiger Wachsamkeit.  
Die Christlich-Soziale Union will Hüterin der Grundrechte sein. Ihr besonderes Anliegen ist die Achtung der Würde der menschlichen Persönlichkeit, der Schutz der persönlichen Freiheit, die Garantie von Eigentum und Erbrecht sowie die Gewährleistung der freien Religionsausübung.

## II. Sozialordnung:

1. In unserer Zeit vollzieht sich ein ständiger Wandel der gesellschaftlichen Verhältnisse, ausgelöst durch fortschreitende Technisierung, Industrialisierung und Vermassung. Das liberale Zeitalter des Individualismus mit seinen hochkapitalistischen Erscheinungsformen liegt hinter uns. Es kann und soll nicht mehr erweckt werden. Der historische Materialismus hat sich als Irrweg erwiesen und ist auch als Theorie überlebt. Dialektischer Materialismus und Kommunismus jeder Art führen in die soziale Verelendung und Versklavung. Die dem persönlichkeitsfeindlichen Kollektiv und einem alles auflösenden Zeitgeist preisgegebene Gesellschaft bedarf einer neuen sozialen Ordnung, die auf die Gebote Gottes gegründet ist. Diese allein verbürgen das richtige Verhältnis zwischen persönlicher Freiheit und sozialer Bindung, zwischen Individuum und Gemeinschaft.
2. Der gottgewollte Baustein einer gesunden Gesellschaft ist die Familie. Ihre Gefährdung und Vernichtung führt in den gesellschaftlichen Nihilismus. Deshalb stellt die Christlich-Soziale Union die Familie in den Mittelpunkt der Sozialreform.
3. Die Sicherheit der physischen und moralischen Existenz der Familie und des Einzelnen hängt insbesondere von gesunden, räumlich ausreichenden Wohnungen ab. Die Christlich-Soziale Union tritt deshalb für einen familiengerechten Wohnungsbau, für sozial tragbare Mieten, auch zugunsten Alleinstehender, für die Verwurzelung der Familie durch staatlich geförderte Ansiedlung sowie für die Schaffung von Haus- und Wohnungseigentum ein.
4. Die staatliche Ehegesetzgebung soll mit den christlichen Ehegrundsätzen in Einklang stehen. Das Recht der Ungeborenen auf Leben ist unantastbar.
5. Mutter und Kind bedürfen angesichts der fortschreitenden Einbeziehung der Frau in den Arbeitsprozeß besonderer Fürsorge. Ausreichendes Kindergeld soll wirtschaftliche Not lindern und Berufstätigkeit der Mütter möglichst entbehrlich machen.
6. Den zivilisatorischen Schädigungen der Volksgesundheit muß durch eine auf die Gesundheit des ganzen Volkes bedachte vorbeugende Gesundheitspolitik und eine entsprechende ärztliche Heiltätigkeit begegnet werden.

7. In der Förderung der Eigentumsbildung für alle und in der Eigentumssicherung erblickt die CSU eine Voraussetzung einer gesunden Gesellschaft. Der Eigentumsbegriff der CSU hält sich in den Grenzen, die dem christlichen Menschen durch die Rücksicht auf die Gemeinschaft gezogen sind.
8. Die CSU tritt dafür ein, daß den in abhängiger Stellung tätigen Schichten des Volkes durch einen gerechten Anteil am Arbeitsertrag und Arbeitserfolg eine aussichtsreiche Möglichkeit zur Erwerbung persönlichen Eigentums und dadurch eine bessere Existenzsicherung verschafft wird.
9. Der soziale Rechtsstaat muß für ein Alter ohne Not sorgen. Die Sozialrenten sollen auf einer Höhe gehalten werden, die den Leistungen der arbeitenden Menschen gerecht wird und ihnen einen sorgenfreien Lebensabend ermöglicht.
10. Die Christlich-Soziale Union erblickt in einer sinnvollen Verkürzung der Arbeitszeit ein erstrebenswertes Ziel. Die vermehrte Freizeit soll den Erwerbstätigen ausreichende Erholung, echtes Familienleben und lebendige Teilhabe an den kulturellen Lebenswerten ermöglichen.
11. Die CSU arbeitet für den sozialen Frieden. Sie lehnt die Theorie und die Methoden des Klassenkampfes ab und erblickt in der Förderung und Pflege einer guten Partnerschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ein wirksames Mittel zum Ausgleich des Gegensatzes zwischen Arbeit und Kapital.
12. Die Christlich-Soziale Union achtet die Koalitionsfreiheit und anerkennt das Recht zum Streik als letztes Mittel, Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis auszutragen. Sie lehnt jede Art von Streikterror ab und verurteilt den politischen Streik. Unberührt bleibt das natürliche Widerstandsrecht des Volkes gegen Gewaltherrschaft.
13. Durch den Wandel der gesellschaftlichen Struktur, durch Kriegsfolgen, Vertreibung und Währungsverfall ist eine Schicht von Nettleidenden der verschiedensten sozialen Herkunft entstanden, die eine auf sozialen Fortschritt und soziale Gerechtigkeit bedachte Gesellschaft besonders verpflichtet. Die CSU betrachtet es daher als ihre Pflicht, dieser Schicht von Nettleidenden besonderes Augenmerk zuzuwenden.

### III. Wirtschaftsordnung:

1. Das wirtschaftliche Denken und Handeln ist nicht Selbstzweck; es muß dem Wohl der Gesamtheit wie des Einzelnen dienen.
2. Die CSU bekennt sich zu den Grundsätzen der sozialen Marktwirtschaft. Sie lehnt Planwirtschaft und kollektivistisches Wirtschaftsdenken ab.
3. Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die Träger der Wirtschaft, haben gleiche Rechte bei der Gestaltung der Arbeitsbedingungen.
4. Die CSU fördert den selbstverantwortlichen Unternehmertum und die Erhaltung einer breiten Schicht selbständiger Unternehmer, Handwerker und Bauern.
5. Als Volkspartei fühlt sich die CSU keiner einzelnen wirtschaftlichen Interessentengruppe einseitig verpflichtet. Sie ist vielmehr auf den Zusammenhang und auf einen gesunden Ausgleich der verschiedenen Interessen unter dem Gesichtspunkt des besten volkswirtschaftlichen Erfolges und der höchsten sozialen Auswirkung zum Wohle der Gesamtheit bedacht.
6. Die Wirtschaftspolitik der Christlich-Sozialen Union ist von der Überzeugung getragen, daß der wirtschaftliche Erfolg Voraussetzung einer guten Sozialpolitik ist.
7. Die besondere Lage der bayerischen Wirtschaft erfordert ein harmonisches Zusammenwirken aller Wirtschaftsgruppen, insbesondere eine weitgehende Förderung der Landwirtschaft, des Klein- und Mittelbetriebes, des Handwerks und der Industrie.
8. Die Christlich-Soziale Union verfolgt eine Steuerpolitik, welche die Lasten gerecht nach Maßgabe der wirtschaftlichen Lebensfähigkeit verteilt, die sozialen Verhältnisse der kleineren und mittleren Einkommensträger berücksichtigt und die für die Entfaltung und Sicherung unserer wirtschaftlichen Entwicklung notwendige Kapitalbildung ermöglicht.
9. Die Christlich-Soziale Union wird darüber wachen, daß die öffentliche Hand über Einnahmen und Ausgaben mit größter Sparsamkeit entscheidet und die Volksvertretung das Etatrecht gewissenhaft und sorgsam ausübt.
10. Oberster Grundsatz der Finanzpolitik muß die Erhaltung einer stabilen Währung sein.

11. Die Bundesfinanzpolitik muß der föderalistischen Ordnung der Bundesrepublik gerecht werden und die Länder in den Stand setzen, die ihnen verfassungsmäßig zustehenden Aufgaben zu erfüllen.
12. Die Finanzpolitik muß die Durchführung der Grundsätze sozialer Tragbarkeit und wirtschaftlicher Zweckmäßigkeit gewährleisten.

Den Gemeinden und Gemeindeverbänden muß die finanzielle Selbständigkeit und Selbstverantwortung gesichert bleiben.

#### IV. Kulturordnung:

1. Die Christlich-Soziale Union bekennt sich zu den geistigen und sittlichen Werten des christlichen Glaubens und der christlichen Überlieferung, auf deren kulturschaffende Kraft besonders eine säkularisierte Welt angewiesen ist.
2. Die CSU vertritt die Grundsätze der Toleranz, der Gewissensfreiheit und der konfessionellen Parität in allen Bereichen des geistigen und staatlichen Lebens und fordert ihrerseits Toleranz gegenüber ihren eigenen Grundsätzen.
3. Die Christlich-Soziale Union tritt ein für die Freiheit der Kunst, der Wissenschaft und ihrer Lehre, sowie für die Freiheit der Meinungsäußerung.
4. Sie fordert die Freiheit der Religionsausübung und die Freiheit des Wirkens der Religionsgemeinschaften.
5. Die CSU will kein Staatskirchentum. Staat und Kirche sollen in Frieden zusammenwirken und zusammenleben.
6. Sie fordert die Erziehung der Jugend zu Ehrfurcht vor Gott und seiner Schöpfung, zu Charakterstärke und selbständigem Denken. Soziale Gesinnung und Hilfsbereitschaft, staatsbürgerliches Verantwortungsgefühl und körperliche Leistungsfähigkeit sind zu wecken und zu pflegen.
7. Die CSU nimmt für die Erziehungsberechtigten das unabdingbare Recht auf Mitbestimmung in der schulischen Erziehung in Anspruch. Sie verlangt, daß der Staat für Schulen sorgt, in die christliche Eltern ihre Kinder ohne Gewissensnot schicken können. Das staatliche Schulmonopol wird abgelehnt. Die Christlich-Soziale Union tritt im Interesse einer ganzheitlichen Erziehung für die Bekenntnisschule ein. Sie verwahrt sich gegen die diffamierende Behauptung, daß die Bekenntnisschule zur Absonderung und zu Gegensätzen innerhalb des Volkes führe.
8. Die Christlich-Soziale Union verlangt gemäß der Bayerischen Verfassung, dem Konkordat und dem Vertrag mit der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche eine den Schularten entsprechende Lehrerbildung.

9. Die Wissenschaft bedarf der Freiheit.

Unsere Hochschulen sollen der freien Forschung und Lehre dienen. Sie sollen nicht zu Fachschulen für die berufliche Vorbildung herabgedrückt werden, sondern das sein, was sie ihrem ursprünglichen Sinn und ihrer ursprünglichen Aufgabe nach waren: Pflegestätten einer universalen Geistesbildung. Der Gefahr einer allzu großen und frühen Spezialisierung auf Kosten einer umfassenden Allgemeinbildung ist im gesamten Erziehungswesen zu begegnen.

10. Die Überbetonung des Wirtschaftlichen und Technischen hat zu einer Unterbewertung der geistigen Arbeit geführt. Dem dadurch verursachten sozialen Absinken der geistigen Berufe muß Einhalt geboten werden, wenn nicht unser kulturelles Niveau absinken soll.

11. Wir brauchen und wollen eine für die staatlichen, sozialen und kulturellen Werte aufgeschlossene Jugend; Jugendpflege, Jugendschutz und Förderung der Begabten sind daher besondere Anliegen der Christlich-Sozialen Union.

12. In Bayern war von jeher künstlerisches Schaffen zu Hause. Um Bayerns Ruf zu erhalten, verlangt die Christlich-Soziale Union eine ehrfürchtige und sorgsame Pflege seines großen kulturellen Erbes. Dem freien künstlerischen Schaffen der Gegenwart als einem Ausdruck des geistigen und sittlichen Ringens der Zeit muß Raum gegeben und zur Entfaltung verholfen werden. Ein Kulturstaat muß hierfür auch finanziell Opfer bringen.

Die Achtung vor der Kunst gebietet Kampf gegen Schund, Kitsch und Schmutz.

In der Anteilnahme des Volkes am künstlerischen Schaffen offenbart sich sein kulturelles Niveau. Die Schöpfungen der Kunst müssen in großzügiger Weise dem Volke zugänglich gemacht werden.

## V. Außenpolitik:

Die CSU bekennt sich zu der Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands mit friedlichen Mitteln und in gesicherter Freiheit. Sie wird ihre ganze politische Kraft für dieses Ziel aufbieten.

Die CSU erkennt das unabdingbare Recht der Vertriebenen und Flüchtlinge auf ihre Heimat an. Sie ist nicht bereit, die Unterschriften anzuerkennen, mit denen eine demokratisch nicht legitimierte Regierung auf deutsches Gebiet verzichtet hat.

Das deutsche Volk hat wie jedes Volk ein Recht auf Selbstbestimmung im Rahmen einer auf Gewaltverzicht begründeten Völkerordnung. Die Siegermächte sind und bleiben verpflichtet, dem ganzen deutschen Volk das Selbstbestimmungsrecht zurückzugeben und ihm damit die Wiederherstellung seiner staatlichen Einheit zu ermöglichen.

Die CSU bekennt sich nach wie vor zu einer Außenpolitik, deren Ziel darin besteht,

- a) das dem deutschen Volk in der Welt wiedererworbene Vertrauen zu festigen und zu erhalten,
- b) durch treue Erfüllung der Vertragspflichten unsere starken und zuverlässigen Bundesgenossen zu erhalten,
- c) der Idee der europäischen Gemeinschaft in Theorie und Praxis zu dienen,
- d) durch einen deutschen Verteidigungsbeitrag die gemeinsame Sicherheit der freien Völker zu erhöhen.

Die CSU ist überzeugt, daß die deutsche Außenpolitik für eine freie und friedliche Zukunft Europas von entscheidender Bedeutung ist. Sie lehnt eine Rückkehr zu einer Isolierung zwischen Osten und Westen entschlossen ab und sieht in der Neutralisierung Deutschlands oder einem Ausscheiden der Bundesrepublik aus der europäisch-atlantischen Sicherheitsgemeinschaft keinen Beitrag zur Sicherung und Einheit.

Die CSU hält nach wie vor die Bereitschaft zur Verteidigung und zu einer Mitarbeit in einem europäisch-atlantischen Sicherheitsbündnis für unerlässlich notwendig. Sie warnt vor der unvermindert bestehenden sowjetischen Gefahr und ruft zur Wachsamkeit ihr gegen-

über auf. Frieden und Freiheit können nicht durch Waffenlosigkeit und Nachgiebigkeit, sondern nur durch Entschlossenheit, Zähigkeit und Geduld gegenüber den Diktatoren verteidigt werden.

Die Verteidigung des Staates und seiner freiheitlichen Lebensordnung ist eine Aufgabe *aller* Bürger. Die CSU bekennt sich deshalb zu dem demokratischen Prinzip einer allgemeinen Verteidigungspflicht.

Die Bundeswehr ist das im Grundgesetz vorgesehene Organ für die Sicherung unseres Staates nach außen. Sie muß vom Vertrauen des ganzen Volkes getragen und den nach der Verfassung verantwortlichen politischen Gewalten unterworfen sein.

Die CSU bekennt sich zu einer allgemeinen weltweiten Abrüstung, sowohl auf dem Gebiet der Kernwaffen als auch auf dem Gebiet der herkömmlichen Streitkräfte. Die Voraussetzung für eine solche Abrüstung ist die Bereitschaft aller Völker, sich einer technisch wirksamen Kontrolle zu unterwerfen und damit einen einschneidenden Eingriff in ihre Souveränitätsrechte hinzunehmen. Die Menschheit sehnt sich nach Frieden, Freiheit und Sicherheit. Alle Völker wünschen, daß die durch den wissenschaftlich-technischen Fortschritt zum erstenmal in die Hand des Menschen seit seiner Schöpfung gelegten kosmischen Naturkräfte nach Gottes Wort „Macht euch die Erde untertan“ ausschließlich friedlichen Zwecken dienstbar gemacht werden. Dieses Ziel kann erreicht werden, wenn alle Mächtigen auf dieser Erde sich in ihrem Gewissen an die Verantwortung vor Gott und den Menschen gebunden fühlen und diese Bindung in der Tat beweisen.

Die CSU fordert deshalb die Selbstbesinnung der Menschheit, damit die religiös-sittliche Verantwortung wieder die Kontrolle über die durch die Technik entfesselte Urgewalt erhält.

Sie sieht in der persönlichen Bindung an ein vor Gott verantwortliches Gewissen den einzig sicheren Weg, um die Kräfte der Natur sinnvoll zu meistern.

Dieses Grundsatzprogramm ist verpflichtende Richtschnur der CSU für ihre Arbeit an Volk und Staat, für Bayern und Deutschland.